

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. jährlich 20 RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Bestellungen und Postwechselungen sind zu richten an den Verleger, Herrn Dr. G. Wilsdruff, Dresden, Postfach 2640. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Angaben über den Inhalt der Zeitung oder die Richtigkeit der Angaben über den Inhalt der Zeitung überträgt sich auf den Besteller, wenn der Betrag durch die Zeitung eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 86 — 92. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 11. April 1933

## Mit eisernem Besen.

Zwar steht in der Weimarer Verfassung im Artikel 130 der lapidare Satz: „Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei“, — aber Deutschland hat in den langen Jahren nach dem Novembersturz mehr als ausgiebig das kennengelernt, was in jenem Artikel der Weimarer Verfassung eigentlich ausgesprochen sein sollte: den Parteibuchbeamten. Diese Zeiterscheinung war in zahllosen Fällen überaus unerfreulich. Nicht bloß, daß so viele, viele Beamte selbst, die im Besitze des „richtigen“ Parteibuches waren, mit wahren Niesensprüngen die Beförderungseleiter emporkauften oder vielmehr emporkoben wurden, sondern es wurden in Reich, Ländern, Gemeinden und nicht zuletzt in den öffentlich-rechtlichen Körperschaften, wie z. B. in den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung, ferner in den Wirtschaftsbereichen der öffentlichen Hand eine parteipolitische „Vernunftwirtschaft“ getrieben, die geradezu jeder Beschreibung spottete. Um es drastisch zu bezeichnen: Es bildeten sich große Eiterherde am Körper unseres Beamtenums vom Reich herunter bis zu den kleinsten Gemeinden, und wenn einmal solch eine Eiterherde — was viel zu selten geschah — aufgetrieben wurde, dann gab es einen üblen Gestank. Nicht bloß jeder Deutsche kennt den Varnat, den Ruissler, vor allem den Elare-Scandal, sondern leider drang die Kunde von diesen „Verhältnissen“ auch weit hinaus ins Ausland, und wir Deutsche haben bedauerlicherweise gar keine Veranlassung mehr, etwa auf den weltberühmten „Panama-Scandal“ der Franzosen hinzuweisen.

Und was das Vordringen des Parteibuchbeamten noch mehr zum Skandal, zu einer inneren Unsitlichkeit machte, das war die äußere Wahrnehmung, besser gesagt: Ausnutzung des Beamtenrechts, das man in diesem Falle allerdings ein bißchen zurückgelassen hat. Wie oft wurde nicht auf das pensionfähige Dienstalter eine Beschäftigung angerechnet, die mit der des Beamten nichts, aber auch gar nichts zu tun hatte! So mancher Gewerkschaftsbeamte, dem die Partei einen Beamtenposten verschafft hatte, ließ sich „Dienstjahre“ anrechnen, die in einem besonders berüchtigt gewordenen Falle sogar bis in die Schulzeit zurückreichte. Und dabei kannten die Parteien des Weimarer Systems keinerlei „falsche Scham“. Das sagt wie ein Wurm am inneren Kern eines Beamtenums, das in jahrhundertelanger Arbeit preiswürdiger Könige und von dort aus hinauswirkend auch auf die anderen deutschen Länder zu einer festen Säule des Staates und des Reiches gemacht worden war. Im Laufe der letzten vierzehn Jahre wurde sie brüchig durch das System der Parteibuchbeamten, aber auch durch ein System, das über Fügung oder Nichtfügung des Beamten selbst vom parteipolitischen Standpunkt aus entschied. Daß sich infolgedessen so mancher frischgebildete oder rasch beförderte Beamte als Diener nicht der Gesamtheit, sondern seiner Partei fühlte, haben wir in Deutschland immer wieder sehen müssen, leider aber auch, daß so mancher Parteibuchbeamte, wenn er straukelte und fiel, trotzdem von der Partei liebevoll gestützt und wieder aufgehoben wurde.

Mit rücksichtslos eisernem Besen wird das jetzt durch das neue Beamtengesetz angesetzt. Grundsätzlich verliert der § 2 dieses Gesetzes, daß alle Beamten, die nach dem 9. November 1918 in das Beamtenverhältnis eingetreten sind, ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung zu haben oder ohne sonst für ihr Amt die nötige Eignung zu besitzen, aus dem Dienst zu entlassen seien. Und ebenso grundsätzlich erstreckt sich die Durchführung dieser Bestimmung auf alle Beamten in Reich, Ländern, Gemeinden, den öffentlichen-rechtlichen Körperschaften, den Sozialversicherungsanstalten usw. Der an sich hier selbständigen Reichsbahn und der Reichsbahn sind gleichzeitige Ermächtigungen erteilt. Schließlich entspricht es auch dem energisch durchgeführten Versuch, den Einfluß des Judentums im öffentlichen Leben Deutschlands zurückzuführen, wenn bestimmt wird, daß die Beamten nichtarischer Abstammung in den Ruhestand versetzt werden müssen, soweit sie nicht schon vor dem 1. August 1914 Beamte waren oder soweit sie nicht durch die Tat, durch ihr Frontkämpfen bewiesen haben, daß ihr Vaterland Deutschland ist.

Mit Sorge und Born hatte der Großteil des deutschen Beamtenums jene zermürbende Lätigkeit des Systems der Parteibuchbeamten mit ansehen müssen. Es ist durchaus kein „Verdienst“ der Revolution von 1918, wenn sie damals nicht den sofortigen Abbau der zu ihren politischen Gegnern zählenden Beamten vollzogen haben: hätten sie es getan, so wäre aus absolutem Mangel an geeigneten Ersatzmännern die ganze Verwaltungsmaschine zum Stillstand gekommen in einer Zeit, in der ihre Arbeit besonders notwendig war. Man hat das dann aber um so gründlicher nachgeholt! Damit ist es jetzt zu Ende, und der sich äußerlich und innerlich unversehrt gehaltene Teil der Beamenschaft kann wieder aufatmen. Mit ihm das deutsche Volk, das unbedingt Sauberkeit, Ordnung und vor allem persönliche und sachliche Eignung in seiner gesamten Beamenschaft wiederhergestellt wissen will.

## Die alten Friedensstörer.

### Pariser Tendenzgerüchte.

Ein Pariser Börsenblatt, das der französischen Regierung in kritischen außenpolitischen Lagen Hilfestellung zu geben pflegt, läßt sich von seinem Berliner Vertreter angelegliche Äußerungen des amerikanischen Sonderbotschafters Norman Davis über seine Berliner Eindrücke schreiben, Äußerungen, denen man von vornherein den sehr eindeutigen Zweck anmerkt. Vor allem will der Berliner Gewährsmann des Pariser Börsenblattes aus seiner Unterredung mit Norman Davis den bestimmten Eindruck gewonnen haben, daß Deutschland den Zeitpunkt der Washingtoner Konferenz hinauschieben möchte. Genau das Gegenteil ist der Fall. Auch der Berliner Korrespondent des französischen Blattes muß wissen, mit welcher Eindeutigkeit Reichsaussenminister von Neurath dem Sonderdelegierten Amerikas die Stellung der Reichsregierung vor allem zu den drängenden Fragen der Gleichberechtigung, der Abrüstung und der Weltwirtschaftskrise klargestellt hat. Er muß ferner wissen, daß Reichsminister Hittler schon in seiner Regierungserklärung vom 23. März dem möglichst baldigen Zusammentritt der Konferenz zugestimmt hat, muß auch wissen, daß die von interessierter Seite schon wiederholt lancierte Behauptung von angeblichen Verhandlungswünschen Deutschlands durch zuständige Berliner Stellen jedesmal dementiert wurde. Davon abgesehen aber muß dem Franzosen — und natürlich erst recht seinen Auftraggebern — bekannt sein, daß die französische Regierung bisher weder einen Etat noch einen eigenen Plan für die Verhandlungen in Washington ausgearbeitet hat, obwohl bis zur Abreise des für Washington vorgesehenen französischen Unterhändlers, des früheren Ministerpräsidenten Herriot, nur noch eine knappe Woche Zeit ist.

Aus alledem geht, wie schon oft vor internationalen Konferenzen, wieder einmal eindeutig hervor, daß nicht Deutschland, sondern Frankreich die treibende Kraft für neue Verschiebungsmäandere ist, die gerade in der die ganze Welt interessierenden Frage der Herabsetzung der Zölle für eine ganze Reihe von Ländern von verhängnisvoller Wirkung werden können.

### Verschärfte Deutschenhege in Polen.

Boykott, Ausschreitungen und Greuelpropaganda.

Die beabsichtigten Folgen der in Polen seit mehreren Tagen besonders von der Regierungspresse und vom Westmarken-Verein betriebenen Hege waren deutschfeindliche Kundgebungen, die u. a. in Lodz stattfanden. Zunächst sagen die Demonstranten vor das deutsche Konsulat und beschleichen es mit Steinwürfen das deutsche Hoheitszeichen. Der Lodzer Wojewode hat später dem deutschen Konsul sein Bedauern ausgesprochen. Ferner überfielen die Demonstranten die Redaktionen der „Deutschen Freien Presse“ und des „Lodzer Volkstages“ sowie das deutsche Gymnasium. Da die Polizei gar nicht oder nur in ungenügender Zahl vorhanden war, wurden die Einrichtungen in den Redaktionen und im Gymnasium zerstört sowie sämtliche Fenster Scheiben zertrümmert. Die deutschen Schriften und Bücher wurden auf einen

Gaussen geworfen und angezündet. Aus allen Zeitungsständen wurden gewaltsam sämtliche deutschen Blätter und Schriften entfernt und öffentlich vernichtet. Sogar einzelnen Personen wurden in Cafés und Restaurants die deutschen Blätter aus den Händen gerissen und verbrannt. Unter anderem wurden auch die beiden deutschen Buchhandlungen in Lodz, Ruppert und Erdmann, gestürmt und verwüstet.

Die polnische Regierung scheint die Boykottaktion gegen Deutschland nunmehr selbst in die Hand zu nehmen. Dies beweisen die hunderttausend Boykottaufrufe der Regierungspresse, des Westmarken-Vereins und anderer Organisationen, die sämtlich unter dem Einfluß der Regierungskreise stehen. Da wird wieder besseres Wissen behauptet, in Deutschland sei die ganze polnische Presse vernichtet, die polnischen Schulen seien geschlossen und die polnischen Arbeiter auf die Straße geworfen; polnische Staatsbürger wurden gemordet und in die Gefängnisse gesperrt.

Auch die zahlreichen aufklärenden Berichte ausländischer Korrespondenten gegen diese Greuelhege haben deren verstärkte Fortsetzung durch das hunderttausend Polen nicht verhindern können.

### Wieder Boykotthege in London.

Aussprache im Unterhaus.

Die Londoner Juden haben in der Frage der Boykottplakate gegen deutsche Waren einen Sieg errufen. Überall sieht man wieder die roten Plakate mit den Worten: „Boykottiert deutsche Waren!“, nachdem sie am Sonntag auf Veranlassung der Postzeit entfernt werden mußten. Die Zeitungen melden in großer Aufmachung von dem jüdischen „Sieg“. Der Innenminister Sir John Gilmour gab am Montag nachmittags eine Erklärung im Unterhaus ab, in der die zurückweichende Haltung der Behörden klar zum Ausdruck kommt. „Das Haus“, so erklärte Sir John Gilmour, „wird mir zustimmen, daß jetzt nicht die Zeit ist, deutschfeindliche Gefühle zur Schau zu stellen.“ Der Abgeordnete MacEntee fragte: „Bedeutet dies, daß die Juden ihre Plakate aushängen dürfen, wenn sie wollen?“ Der Innenminister: „Selbstverständlich dürfen sie.“ Churchill sagte: „Bill der Innenminister klar machen, daß es die Absicht der Regierung ist, jede vernünftige Jurisprudenz der freien Meinung über diese Angelegenheit in England zuzulassen.“ Der Innenminister: „Gewiß, gewiß.“ Auf eine weitere Frage sagte Sir John Gilmour, daß bei ihm keinerlei Vorstellungen von deutscher Seite wegen der Plakate erhoben worden seien.

Der sozialistische Abgeordnete Wedgwood fragte, ob ein mögliches Vorgehen unter dem Artikel 11 des Völkerbundsstatuts bekanntgegeben würde. Er sei der Ansicht, daß die gegenwärtige, zwischen Polen und Deutschland bestehende Lage genügend ernst sei, um ein solches Vorgehen wünschenswert zu machen. Außenminister Simon erwiderte, er könne nicht genau sagen, in welcher Form das Vorgehen erfolgen könne. Wenn jedoch Maßnahmen unter dem Artikel 11 getroffen würden, so würde das bekanntgegeben werden. Die Lage der Juden in Deutschland finde sehr viel Aufmerksamkeit, und er selbst stehe Nachforschungen an.

### Vor Ernennung der Reichsstatthalter.

Man nimmt in politischen Kreisen an, daß der Reichskanzler für Preußen den kommissarischen Innenminister und Reichsminister Göring zum Ministerpräsidenten ernennen wird, während sonst Änderungen in Preußen in den Personalien nicht zu erwarten sind. Für Bayern rechnet man mit der Ernennung des Generals von Epp zum Reichsstatthalter und des Vorsitzenden der bayerischen nationalsozialistischen Landtagsfraktion Wittmann zum Ministerpräsidenten, für Sachsen mit der Ernennung des Reichskommissars v. Killinger zum Reichsstatthalter, für Hessen mit der Ernennung des nationalsozialistischen Gauleiters Sprenger zum Reichsstatthalter, für Baden mit der Ernennung des jetzigen Reichskommissars Wagner zum Reichsstatthalter. Die Ernennung eines gemeinsamen Reichsstatthalters für beide Mecklenburg mit dem nationalsozialistischen Abgeordneten Hildebrandt gilt als sicher. Die Verhandlungen für die übrigen Länder sind noch nicht abgeschlossen.

### Dorpmüller beim Reichskanzler.

Reichskanzler Adolf Hitler empfing den Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Dr. Dorpmüller, zu einer Besprechung über Reichsbahnfragen. Zwecks engerer Zusammenarbeit zwischen der Reichsbahn und

dem Speditionsgewerbe sowie zwischen der Reichsbahn und dem Kleinschiffergewerbe wurde vereinbart, je eine gemischte Kommission zu bilden, zu deren Vorsitz der Reichskanzler den Reichsverkehrsminister in Aussicht genommen hat. Den vom Reichskanzler entwickelten Plänen für eine großzügige Arbeitsbeschaffung zur Behebung der deutschen Wirtschaft sicherte der Generaldirektor die weitgehende Mitwirkung der Reichsbahnverwaltung zu.

### Adolf Hitler nach Süddeutschland abgereift.

Reichskanzler Adolf Hitler hat Berlin zu einem kurzen Erholungsurlaub verlassen. Er wird im Laufe des Osterdienstag wieder in Berlin eintreffen. Reichsminister Goebbels verläßt Berlin am Mittwoch. Er dürfte sich ebenfalls nach Süddeutschland begeben.

Wie verlautet, ist mit der Ernennung der Statthalter vor Ostern kaum noch zu rechnen. Im übrigen steht auch noch nicht genau fest, welche kleineren Länder einen gemeinsamen Statthalter erhalten sollen. Der zur Zeit in Rom weilende Reichsminister Göring, der in Aussicht genommene Ministerpräsident für Preußen, wird seine Amtsgeschäfte erst nach Ostern übernehmen.